

Antrag 2024/I/Ini/2

Jusos Hamburg

SocialCard

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:
- 2 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats, insbesondere die Senatorin für Arbeit, Ge-
- 3 sundheit, Soziales, Familien und Integration, sowie die Mitglieder der SPD-Fraktion in der Ham-
- 4 burgischen Bürgerschaft werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen: I. Das Pilotprojekt zur
- 5 „SocialCard“ schnellstmöglich zu beenden und stattdessen eine diskriminierungsfreie Bezahl-
- 6 karte einzuführen, die dem Vorbild der SocialCard in Hannover folgt. II. Die erforderlichen lan-
- 7 desrechtlichen bzw. verwaltungsinternen Regelungen zu treffen, um Bürokratie abzubauen
- 8 und sicherzustellen, dass Leistungen nach dem AsylbLG diskriminierungsfrei ausgezahlt wer-
- 9 den. a. Ein Bezahlkarten-Modell zu implementieren, das eine gebührenfreie Nutzung ermög-
- 10 licht und den gebührenfreien Bezug von Bargeld für leistungsberechtigte Personen ohne Ein-
- 11 schränkungen und im vollen Umfang gewährleistet. Dieses Bezahlkarten-Modell darf nicht der
- 12 Überwachung und Einschränkung des Konsumverhaltens der Leistungsberechtigten dienen. b.
- 13 Andere Formen der Auszahlung für leistungsberechtigte Personen mit deren Zustimmung wei-
- 14 terhin ermöglicht.

15 **Begründung**

16 Die Einführung eingeschränkter Bezahlkarten für Geflüchtete und die sie begleitende aktuelle
17 Diskussion um die Bezahlkarte in Hamburg bedient die Rhetorik rechter Parteien und Politi-
18 ker*innen. Anstatt um alternative Lösungen zu streiten, die zu tatsächlichem Bürokratieabbau
19 führen würden und zugleich Diskriminierungsfreiheit und Chancengleichheit gewährleisten,
20 wird der einfache Weg des Generalverdachts gewählt. Das Ziel der Digitalisierung der Zah-
21 lungsvorgänge darf nicht darauf beschränkt Initiativantrag der Jusos Hamburg für den Lan-
22 desparteitag der SPD Hamburg am 9. März 2024 sein, rassistische Narrative zu befriedigen,
23 sondern sollte vielmehr die Implementierung verbesserter, weniger fehleranfälliger Direktzah-
24 lungssysteme gemäß den Standards des 21. Jahrhunderts sein. Das bestehende Pilotprojekt zur
25 „SocialCard“ weist gravierende Mängel auf, die dringend behoben werden müssen und deut-
26 lich machen, dass das Hamburger Modell nicht den Anforderungen einer gerechten und diskri-
27 minierungsfreien Bezahlkarte entspricht. Mit der aktuellen Bezahlkarte können Nutzer*innen
28 nur 50 Euro pro Monat in bar abheben, was insbesondere für vulnerable Gruppen wie Schulkin-
29 der und Rentner*innen problematisch ist. Diese drastische Beschränkung des Bargeldabzugs
30 führt zu finanziellen Einschränkungen derjenigen, die aufgrund persönlicher Umstände oder
31 Präferenzen auf bar verfügbares Geld angewiesen sind. Darüber hinaus kann die derzeitige
32 Karte wahrscheinlich nicht in allen Geschäften und bei allen Dienstleistern benutzt werden
33 und beschränkt die Verwendungsmöglichkeiten unnötig, was zu weiteren Einschränkungen
34 der Nutzer*innen führen kann. Insbesondere die gesellschaftliche Teilhabe steht dabei auf dem
35 Spiel. Vor dem Hintergrund der jüngsten politischen Entwicklungen wird offensichtlich, dass
36 wir uns eine Bezahlkarte, die Diskriminierung und Ausschluss befähigt, nicht leisten können.

37 Die Bezahlkarte darf keine Antwort auf das Säbelrasseln der Rechten sein und zur Ausgren-
38 zung und Beschränkung von Schutzsuchenden instrumentalisiert werden. Daher ist es unab-
39 dingbar, das bestehende Modell zu überdenken und stattdessen eine Bezahlkarte einzufüh-
40 ren, die den Grundsätzen von Chancengleichheit und Diskriminierungsfreiheit entspricht. Um
41 diesen Herausforderungen zu begegnen und eine diskriminierungsfreie Bezahlkarte einzufüh-
42 ren, muss das neue Modell folgende Elemente beinhalten: • Uneingeschränkte Bargeldverfüg-
43 barkeit: Die Bezahlkarte muss es den Nutzer*innen ermöglichen, das volle Leistungsniveau in
44 Form von Bargeld abzuheben. • Breite Akzeptanzstellen und flexible Nutzungsmöglichkeiten:
45 Die neue Bezahlkarte muss an allen Akzeptanzstellen verwendet werden können, die gängi-
46 ge Initiativantrag der Jusos Hamburg für den Landesparteitag der SPD Hamburg am 9. März
47 2024 Zahlungsmethoden anbieten, um eine problemlose und vielseitige Nutzung zu ermög-
48 lichen. • Gebührenfreie Nutzung und Barabhebungen: Es ist entscheidend, dass die Nutzung
49 der Bezahlkarte gebührenfrei ist und dass die Nutzer*innen jederzeit und ohne Einschränkun-
50 gen Bargeld abheben können, um ihre finanziellen Mittel flexibel zu verwalten. • Verstärkte
51 Informations- und Aufklärungsmaßnahmen: Um sicherzustellen, dass alle Nutzer*innen über
52 ihre Rechte und Möglichkeiten im Umgang mit der Bezahlkarte informiert sind, bedarf es einer
53 gezielten Aufklärungskampagne, die auch sprachliche Barrieren berücksichtigt. • Schutz vor
54 Missbrauch und Diskriminierung: Die Einführung der Bezahlkarte sollte von klaren Richtlinien
55 begleitet werden, die sicherstellen, dass die Verwendung der Karte zu keiner Diskriminierung
56 führt und die Privatsphäre der Nutzer*innen schützt.